

# Operation «Regimewechsel»

Die Schweiz agitiert in Serbien unter dem Deckmantel der «Entwicklungshilfe». Was soll diese teure Einmischung in fremde Händel?

Philipp Gut

Serbien ist ein demokratisches europäisches Land mit einer demokratisch gewählten Regierung. Trotzdem zahlt die Schweiz 2,7 Millionen Franken, um in Serbien die «demokratische Entwicklung» zu unterstützen. So beschreibt es die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) in einem Projekt, das die «Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft stärken» will. Was zusätzlich aufhorchen lässt: Das Millionenprojekt führt die Schweiz in «delegierter Zusammenarbeit» mit USAID durch, der amerikanischen Entwicklungshilfeagentur, der Donald Trump nun den Stecker zieht. Ans Licht gekommen ist dabei, dass USAID ein weltweites Propagandakartell aufgezogen hat, um die Meinungsbildung und politische Prozesse in Drittstaaten im Sinn der Amerikaner beziehungsweise der Biden-Administration zu beeinflussen.

Bereits hier stellen sich Fragen: Warum mischt sich die Schweiz als neutraler Staat in die inneren Angelegenheiten fremder Länder ein? Warum tut sie dies an der Seite der Supermacht USA, die auf dem Balkan ihre eigenen machtpolitischen Interessen verfolgt und im Kosovokrieg 1999 zusammen mit der Nato Bomben auf Belgrad abgeworfen hat? Und besteht angesichts der grossen ex-jugoslawischen Diaspora in der Schweiz nicht die Gefahr, dass durch ein solches Engagement fremde Händel importiert werden?

Noch mehr Brisanz erhält das schweizerisch-amerikanische Engagement vor dem Hintergrund der jüngsten Strassenproteste in der serbischen Hauptstadt. Ende Januar trat Ministerpräsident Milos Vucevic deswegen zurück. Die «Volkswut» habe ihn dazu gezwungen, berichteten deutschsprachige Medien.

## «Zivilgesellschaft», eine Wortkritik

Wurde diese Wut möglicherweise durch ausländischen Einfluss noch angestachelt? Ist es das, was die Schweiz unter Förderung einer demokratischen Entwicklung versteht? Für ihren Projektpartner USA jedenfalls wären provozierte Regimewechsel kein neues aussenpolitisches Instrument. Und auch, was weniger



«Delegierte Zusammenarbeit»: Serbiens Präsident Vucic, Bundesrätin Amherd.

bekannt ist, für die Schweiz nicht: Der Diplomat Jean-Daniel Ruch beschreibt in seinem im Weltwoche-Verlag erschienenen Buch «Frieden und Gerechtigkeit», wie er den Amerikanern mit Schweizer Steuergeldern dabei half, den Sturz von Slobodan Milosevic «in die Wege zu leiten». Durch ein kurzes Telefonat mit der Deza-Zentrale in Bern sei es ihm gelungen, dafür ein paar hunderttausend Franken zu bekommen («Das ist okay, du kannst morgen anfangen, dich aus der Kasse der Botschaft zu bedienen»).

Doch zurück zur Gegenwart: Warum, so wäre weiter zu fragen, unterstützen die Schweiz und Amerika die demokratische Entwicklung in Serbien, nicht aber in Deutschland oder Österreich? Könnte es vielleicht damit zu tun haben, dass Serbiens Präsident Aleksandar Vucic bis

heute kein Nato-Freund ist und dass Belgrad immer schon etwas entspanntere Beziehungen zu Moskau gepflegt hat?

Das wäre so ungefähr der geostrategische Rahmen, in dem die schweizerisch-amerikanische Demokratienachhilfe für Serbien zu betrachten ist. Natürlich findet man solche Betrachtungen nicht in den offiziellen Projektbeschreibungen. Dort klingt es so: «Dieses Projekt, das in delegierter Zusammenarbeit mit USAID durchgeführt wird, unterstützt die demokratische Entwicklung in Serbien durch die Förderung eines günstigen Umfelds für die Zivilgesellschaft und die Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit. Es verbessert die Fähigkeiten der Zivilgesellschaft, ihre Überwachungs- und Interessenvertretungsaufgaben wahrzu-

nehmen, das Engagement der Bürger zu erleichtern und einen konstruktiven Dialog mit der Regierung zu führen.» Letztlich führe dies zu einer «widerstandsfähigeren, integrativen und pluralistischen Gesellschaft».

Hier ist eine kurze Wortkritik einzuschalten. «Zivilgesellschaft» ist ein Begriff, der gerne von Nichtregierungsorganisationen für sich selbst reklamiert wird, wobei dies vielfach auf einen Etikettenschwindel hinausläuft: Die meisten Nichtregierungsorganisationen leben von der Regierung und handeln in ihrem Auftrag. Im vorliegenden Fall liegt das Besondere darin, dass die Regierungen der Schweiz und der USA Nichtregierungsorganisationen in Serbien finanzieren, damit sie die serbische Regierung herausfordern.

### «Dialog mit der Regierung»

Was wiederum die Frage aufwirft: Kann das die serbische «Zivilgesellschaft» nicht auch selbst? Können die Serben nicht ohne schweizerisch-amerikanische Finanzspritzen mit ihrer Regierung reden? Können sie sich nicht nach freiem Willen an Wahlen beteiligen? Ist das nicht Demokratie? Muss die serbische Demokratie aus dem Ausland mit Geld der Schweizer und amerikanischen Steuerzahler «entwickelt» werden?

Deza und USAID sind offensichtlich dieser Ansicht. So heisst es zum «Hintergrund» des Projekts: «Die serbische Zivilgesellschaft kann auf eine bewegte Geschichte zurückblicken, sieht sich jedoch bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rolle als Wächterin, Anwältin und Plattform für bürgerschaftliches Engagement mit Hindernissen konfrontiert.»

Die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und den staatlichen Institutionen sei angespannt und werde «durch ein nicht förderliches Umfeld beeinträchtigt». Es brauche eine «Strategie», um das «Arbeitsumfeld» der Zivilgesellschaft zu verbessern. Trotz den geschwächten Beziehungen gebe es «immer noch Möglichkeiten für die Zivilgesellschaft, in einen Dialog mit der Regierung zu treten und eine demokratische Debatte zu führen».

«Unmittelbar Begünstigte» sind «Organisationen der Zivilgesellschaft, die bereit sind, die sektorale Solidarität und Widerstandsfähigkeit zu stärken», was immer diese jargonhaften Leerformeln besagen mögen. Man darf davon ausgehen, dass kein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen aufgrund derart vager und ideologisch verbrämter Kriterien einfach so Millionenbeträge ausschütten würde.

Auch die «mittelfristigen Wirkungen» und Ziele bleiben wolzig. Als «Ziel 1» definiert der Bund: «Verbesserung der Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, auf neue und sich abzeichnende Herausforderungen im zivilen Raum zu reagieren». Als «Ziel 2» wird genannt: «Verbesserung des Umfelds für die Zivilgesellschaft». Von den «erwarteten Re-

sultaten» dürfte nur eines mit Sicherheit erreicht werden: «Die finanzielle Nachhaltigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist verbessert.» Logisch, wenn man 2,7 Millionen Franken geschenkt bekommt. 2 062 500 Franken sind davon bis dato bereits ausgegeben.

Und dieses famose Projekt ist nur eines unter vielen, das die Schweizer Steuerzahler in Serbien bezahlen. Die Projektdatenbank «Internationale Zusammenarbeit» der Deza und des Staatssekretariats für Wirtschaft nennt seit 2008 insgesamt 29 Projekte. So wurden 99 serbische Gemeinden – zwei Drittel des Landes – «bei der Verbesserung der Gouvernanz, der sozialen Inklusion und der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter» mit 7,99 Millionen Franken unterstützt.

Um Serbien fit für eine EU-Mitgliedschaft zu machen – warum ist das eigentlich ein aussenpolitisches Ziel der Schweiz, die ja selbst nicht der EU angehört? –, überwies die Eidgenossenschaft 8,01 Millionen Franken. Für «Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung» flossen 5,53 Millionen, für die «soziale Integration von Roma-Kindern» 8,469 Millionen.

### Warum ist die EU-Mitgliedschaft Serbiens ein Ziel der Schweiz, die ja selbst nicht der EU angehört?

Am Projekt «Roma beteiligen sich an der Verbesserung ihrer Lebenssituation» beteiligte sich die Schweiz mit 4,538 Millionen. Innert weniger Jahre kommt man also auf Dutzende Millionen Steuerfranken.

### Intervention auch in Georgien

In Rechnung zu stellen ist dabei auch, dass Serbien nicht das einzige Beispiel ist, wo Entwicklungshilfe nahtlos und teils erklärermassen in politische Agitation übergeht. Nebst ähnlichen Projekten in Moldawien investiert die Schweiz aktuell auch in Georgien «weiterhin» 3,46 Millionen Franken in einen «Aktionsplan» des Europarats zur «demokratischen Kultur».

Auch dies lässt aufmerken: Hat Georgien im Oktober und Dezember 2024 nicht demokratisch gewählt? Dem Europarat passte das Ergebnis so wenig in den Kram wie der EU. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats forderte Georgien auf, die ihr nicht genehmen Wahlen zu wiederholen, worauf die georgischen Europaratsparlamentarier das Gremium unter Protest verliessen.

Vielleicht würde die Schweiz besser die «demokratische Kultur» in Brüssel und Strassburg fördern – statt in Tiflis, Chisinau oder Belgrad. Auch im Inland bestünde durchaus noch Handlungsbedarf, wenn wir beispielsweise an die Nichtumsetzung von in der Bundesverfassung verankerten Volksinitiativen denken.

## China löst unser Asylproblem

Der Auftritt von J.D. Vance an der Sicherheitskonferenz in München hat für Unmut gesorgt: Da kommt ein Möchtegern über den Atlantik geflogen mit dem Gefühl, er müsse dem Gastgeber weismachen, dass bei ihm alles schief läuft. Trumps Haltung im Ukraine-Krieg beunruhigt nicht minder. Amerika geht es nur um sich. Genau dieses Entsetzen ist es, mit dem sich China seit eh und je herumzuschlagen hat. Ausländische Gesandte treten als Apologeten auf, urteilen wie Gott und demonstrieren ihre eigene moralische und kulturelle Überlegenheit.

Die Welt kennt zwei Goliaths – Amerika und China – sowie mehrere Davids, darunter Europa. Wir haben uns in unserem vermeintlichen Verbündeten getäuscht. Im Gegensatz zu Trump haben Xi und Konsorten mit ihrer Belt-and-Road-Initiative zur wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in Indien, im Mittleren Osten und in Osteuropa beigetragen. Nicht zu vergessen: Afrika. Statt dass sich unsere Staatsvertreter in kritischem Nachgeplapper über chinesischen Investitionen auf dem ärmsten Kontinent üben, sollten sie ihren eigenen Vorteil erkennen: Ist wirtschaftlicher Aufschwung nicht gleichzusetzen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen? Wenn wir dem afrikanischen Migrantengstrom langfristig trotzen wollen, sind Massnahmen vor Ort erforderlich.

Die Interessen Chinas decken sich in diesem Fall mit jenen Europas. Unser Kontinent sollte sich emanzipieren, Beziehungen sowohl zu den USA als auch zu China pflegen und sich aus der Rolle des Spielballs zweier Giganten lösen. Neutral bleiben.

Rahel Senn



Wir haben uns getäuscht: Präsident Xi.